

Satzung
der
AXION Resist gemeinnützige Unternehmergeellschaft
(haftungsbeschränkt)

§ 1 Firma, Sitz

1. Die Firma der Gesellschaft lautet:

AXION Resist gemeinnützige Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt).

2. Sitz der Gesellschaft ist Gießen.

§ 2 Zweck und Gegenstand des Unternehmens

1. Zweck der Gesellschaft ist

- die Förderung von Wissenschaft und Forschung, § 52 Abs. 2 Nr. 1 AO,
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe, § 52 Abs. 2 Nr. 4 AO,
- die Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsoffer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten; Förderung des Andenkens an Verfolgte, Kriegs- und Katastrophenopfer; Förderung des Suchdienstes für Vermisste, Förderung der Hilfe für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden § 52 Abs. 2 Nr. 10 AO;
- die Verfolgung mildtätiger Zwecke im Sinne von § 53 AO.

2. Die Gesellschaft erfüllt ihren Zweck nach Abs.1 insbesondere durch folgende Maßnahmen:

- die Durchführung wissenschaftlicher, informativer und investigativer Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, Vergabe von Forschungsaufträgen;
- kritische Beobachtung von gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Sachen Gesundheit, insbesondere Kindergesundheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zum bestmöglichen Schutz dieser Werte;
- Einholen von kompetenten Wertungen auf Basis von Wissenschaftlichkeit und Evidenz;
- Information der Allgemeinheit über psychische, medizinische, wissenschaftliche und damit in Zusammenhang stehende gesellschaftliche Themen;
- Knüpfung eines möglichst großen Netzwerkes von Gleichgesinnten über das ganze Bundesgebiet;
- Förderung, insbesondere Finanzierung und Ausstattung von Forschungsprojekten;
- beratende Unterstützung von Personen, insbesondere, wenn deren psychische, physische oder seelische Gesundheit gefährdet ist;

- das Wiedererlangen von Gesundheit verbunden mit Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, wie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert;
- systemische Jugend- und Familienberatung sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit;
- die selbstlose Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne von § 53 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 AO, insbesondere um diesen Zugang zum Recht zu erleichtern und ihnen zu helfen, ihre Rechte geltend zu machen;
- die fachübergreifende Beratung und Forschung im Bereich Geistes- und Naturwissenschaften;
- Unterstützung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts und/oder anderen Körperschaften nach Maßgabe des § 58 AO.

3. Die Gesellschaft darf alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Sie darf hierzu im Rahmen des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung weitere Zweckbetriebe und wirtschaftliche Geschäftsbetriebe betreiben, sowie Zweigniederlassungen oder weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen errichten, bestehende erwerben oder sich an solchen beteiligen oder die Geschäftsführung und die Vertretung übernehmen.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51 ff. AO).
2. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
3. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln der Gesellschaft erhalten.
4. Die Gesellschaft darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 4 Stammkapital, Finanzierung

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 500,00 (in Worten: fünfhundert Euro) und ist eingeteilt in einen Geschäftsanteil mit der laufenden Nummer 1 im Nennbetrag von EUR 500,00.
2. Das Stammkapital wird in vollem Umfang von Dr. Andrea Christidis übernommen.
3. Die Einlage ist in bar zu erbringen und sofort zur Zahlung fällig.

§ 5 Geschäftsjahr, Dauer der Gesellschaft

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

§ 6 Organe der Gesellschaft

1. Organe der Gesellschaft sind:

- a) die Gesellschafterversammlung
- b) die Geschäftsführung

2. Die Mitglieder der Geschäftsführung sind grundsätzlich ehrenamtlich für die Gesellschaft tätig. Einzelnen oder allen Mitgliedern kann jedoch durch Beschluss der Gesellschafterversammlung und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft eine pauschale Vergütung gemäß § 3 Nr. 26 a EStG ihrer Tätigkeit gewährt werden. Im Übrigen haben die Mitglieder der Geschäftsführung einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für die Gesellschaft tatsächlich entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Telefon, Porto, Kopier- und Druckkosten. Die Mitglieder der Geschäftsführung haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. Eine Erstattung der Kosten erfolgt nur gegen Abrechnung und Nachweis.

3. Die Mitglieder der Geschäftsführung können auch auf Grundlage eines Dienstverhältnisses tätig sein. Abschluss, Änderung und Beendigung dieses Vertrages erfolgen auf Beschluss der Gesellschafterversammlung. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 7 Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen werden.

2. Jeder Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt.

3. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder allen Geschäftsführern Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen.

4. Die Geschäftsführer haben der gemeinnützigen Ausrichtung der Gesellschaft in besonderem Maße Rechnung zu tragen. Hierzu wird die Gesellschafterversammlung eine Geschäftsführungsordnung erlassen

5. Die Gesellschafterversammlung bestimmt jeweils, ob ein Geschäftsführer hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig ist.

6. Vorstehende Regelungen gelten auch für Liquidatoren. Wird die Gesellschaft nach § 66 Abs. 1 GmbHG von den bisherigen Geschäftsführern liquidiert, so besteht deren konkrete Vertretungsbefugnis auch als Liquidatoren fort.

§ 8 Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung ist das Leitungsorgan der gemeinnützigen UG und trifft alle Grundsatzentscheidungen. Dabei achtet sie insbesondere auf die Einhaltung der ideellen Zielsetzung, wie sie in den §§ 2 – 3 beschrieben sind, sowie die Substanzerhaltung der Gesellschaft.

2. Die Gesellschafterversammlung ist insbesondere zur Entscheidung über folgende Angelegenheiten zuständig und verpflichtet:

- Feststellung des Jahresabschlusses,
- Beschlussfassung über die Gewinnverwendung im Rahmen der Vorschriften der Abgabenordnung über „Steuerbegünstigte Zwecke“,
- Entlastung der Geschäftsführer.

Daneben hat die Gesellschafterversammlung folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie Abschluss und Kündigung der Anstellungsverträge,
- Sitzverlegung und Veräußerung des gesamten Unternehmens oder von Unternehmensteilen,
- Beschlüsse über Unternehmensverträge,
- Strukturmaßnahmen, die Gegenstands- oder Zweckänderungen gleichkommen,
- Änderung des Gesellschaftsvertrags.

3. Grundsatzentscheidungen im Sinne des Abs. (1) sind auch

- die Aufnahme oder Aufgabe eines Geschäftszweiges,
- die Errichtung und Aufgabe von Zweigniederlassungen,
- die Veräußerung und Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten, sowie die damit zusammenhängende Verpflichtungsgeschäfte,
- Abschluss von Dauerschuldverhältnissen mit einem Volumen von mehr als EUR 5.000,00 bis zum nächstmöglichen ordentlichen Kündigungstermin,
- Investitionen und sonstige Aufwendungen mit einem Volumen von mehr als insgesamt EUR 5.000,00 je Geschäftsjahr,
- Gewährung von Sicherheiten (z.B. Verpfändung, Sicherheitsübereignung, Bürgschaften), Eingehen von Wechselverbindlichkeiten und die Bewilligung von Krediten außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs sowie die Übernahme fremder Verbindlichkeiten, auch wenn dies im Geschäftsplan ausgewiesen ist,
- Vereinbarung von Krediten und Kreditlinien, die im Einzelfall den Betrag von EUR 5.000,00 übersteigen oder die einen bisher bewilligten Umfang insgesamt um einen Betrag von mehr als EUR 5.000,00 erhöhen,
- alle Rechtsgeschäfte einschließlich Forderungsverzichte mit Organmitgliedern der Gesellschaft oder deren Angehörigen, sowie mit diesen oder der Geschäftsführung

nahestehenden Unternehmen, ausgenommen der Gesellschafter und ihrer Gesellschaften,

- Erlass von Forderungen gegen Arbeitnehmer, auch wenn dies im Geschäftsplan ausgewiesen ist und sonstiger Forderungen, wenn dies EUR 1.000,00 im Jahr übersteigt,
- Erteilung und Widerruf von Prokura.

§ 9 Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen. Jeder Geschäftsführer ist zur Einberufung berechtigt. Die Einberufung erfolgt schriftlich oder per E-Mail. Sie muss den Zeitpunkt, den Ort und die Tagesordnung angeben. Die Tagesordnung muss so konkret dargestellt werden, dass alle Themen, die in der Gesellschafterversammlung behandelt werden sollen, deutlich erkennbar sind.
2. Zwischen dem Tag der Absendung der Einberufung und dem Tag der Gesellschafterversammlung muss eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Absendung der Einberufung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet.
3. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt oder wird per Videokonferenz abgehalten.
4. Gesellschafterversammlungen sind beschlussfähig, wenn mindestens 75 % - in Worten: Fünfundszwanzig von Hundert - aller Stimmen vertreten sind.
5. Personen, die nicht Gesellschafter oder Bevollmächtigte sind, dürfen Gesellschafterversammlungen nicht beiwohnen, sofern nicht alle Gesellschafter dem zustimmen.

§ 10 Gesellschafterbeschlüsse

1. Die von den Gesellschaftern in Angelegenheiten der Gesellschaft zu treffenden Beschlüsse werden in Versammlungen gefasst.

Soweit sich nicht aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt, können Beschlüsse auch außerhalb von Versammlungen schriftlich, fernschriftlich, per Telefax, E-Mail oder telefonisch gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter mit dieser Art der Beschlussfassung einverstanden erklären oder sich an ihr beteiligen. Wird ein Beschluss auf diesem Wege gefasst, ist er von der Geschäftsführung unverzüglich schriftlich sämtlichen Gesellschaftern mitzuteilen.
2. Gesellschafterbeschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht Gesetz oder Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit vorsehen.
3. Je 1,00 € eines Geschäftsanteiles gewährt eine Stimme.
4. Die Anfechtung eines Gesellschafterbeschlusses kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Monaten seit Beschlussfassung - wenn diese im Umlaufverfahren erfolgt ist, seit Zugang der schriftlichen Mitteilung - geltend gemacht werden.

§ 11 Jahresabschluss, Gewinnverteilung

Die Aufstellung des Jahresabschlusses hat innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist zu erfolgen.

§ 12 Rechtsgeschäftliche Verfügungen über Geschäftsanteile

Rechtsgeschäftliche Verfügungen eines Gesellschafters über seinen Geschäftsanteil oder Teile hiervon bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Mitgesellschafter.

§ 13 Kündigung

1. Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres kündigen. Die Kündigung hat schriftlich durch eingeschriebenen Brief an die Gesellschaft und die übrigen Gesellschafter zu erfolgen.

2. Mit Wirksamwerden der Kündigung scheidet der kündigende Gesellschafter aus der Gesellschaft aus.

Die Gesellschaft wird von den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt, sofern bis zum Wirksamwerden der Kündigung alle Geschäftsanteile des kündigenden Gesellschafters gemäß § 14 Abs. 2. eingezogen oder gemäß § 14 Abs. 3. von der Gesellschaft oder einer im Beschluss zu benennenden, zur Übernahme bereiten Person übernommen wurden.

Das Stimmrecht des ausscheidenden Gesellschafters ruht bei der Beschlussfassung über das weitere Schicksal seines Geschäftsanteils.

Wurde der Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters nicht bis zum Ablauf der Kündigungsfrist eingezogen oder von der Gesellschaft oder einer anderen Person übernommen, tritt die Gesellschaft in Liquidation.

§ 14 Einziehung von Geschäftsanteilen

1. Die Gesellschafter können die Einziehung von Geschäftsanteilen beschließen, wenn der betroffene Gesellschafter zustimmt.

2. Die Gesellschafter können die Einziehung von Geschäftsanteilen beschließen, ohne dass es der Zustimmung des betroffenen Gesellschafters bedarf,

a) wenn ein Gesellschafter kündigt gemäß § 13,

b) wenn über das Vermögen des betroffenen Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt oder die Zwangsvollstreckung in seinen Geschäftsanteil betrieben und diese Maßnahme nicht innerhalb von zwei Monaten, nachdem sie getroffen wurde, wieder aufgehoben wird,

c) wenn der Geschäftsanteil eines Gesellschafters im Wege der Erbfolge oder auf Grund eines Vermächnisses auf andere Personen als auf Mitgesellschafter übergegangen ist,

d) wenn in der Person eines Gesellschafters sonst ein wichtiger Grund vorliegt.

Die Einziehung wird durch die Geschäftsführung auf Grund eines Beschlusses der Gesellschafter erklärt. Der betroffene Gesellschafter hat kein Stimmrecht.

3. Statt der Einziehung können die Gesellschafter beschließen, dass der Geschäftsanteil des betroffenen Gesellschafters ganz oder teilweise auf die Gesellschaft oder eine im Beschluss zu benennende, zur Übernahme bereite Person abzutreten ist. Abs. 2. Satz 3 gilt für diesen Beschluss entsprechend.

4. Die Entschädigung für die Einziehung eines Geschäftsanteils bemisst sich nach § 15 Abs. 2.

§ 15 Auflösung der Gesellschaft und Vermögensanfall

1. Die Gesellschaft kann durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung aufgelöst werden.

2. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

3. Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, sofern es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Renate Rennebach-Stiftung, Friedensallee 14-16, 22765 Hamburg, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke und/oder mildtätige Zwecke, die den Satzungszwecken der Gesellschaft möglichst nahe kommen, zu verwenden hat.

§ 16 Bekanntmachungen

Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen erfolgen ausschließlich im Bundesanzeiger.

§ 17 Salvatorische Klausel, Verweisung

1. Sollten Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich im Vertrag eine Regelungslücke herausstellen, so berührt das den Bestand dieses Vertrages im Übrigen nicht.

Die Gesellschafter verpflichten sich bereits heute, eine unwirksame oder lückenhafte Bestimmung durch eine solche angemessene Regelung zu ersetzen bzw. auszufüllen, die dem gewollten wirtschaftlichen Sinn und Zweck entspricht bzw. dem am nächsten kommt, was die Gesellschafter gewollt hätten, wären sie sich der Regelungslücke bewusst gewesen.

2. Soweit in dieser Satzung keine abweichenden Bestimmungen getroffen sind, gelten die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in deren jeweils geltender Fassung.

§ 18 Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten bis zu einem Gesamtbetrag von 500,00 EUR. Darüber hinausgehende Kosten trägt der Gesellschafter.

Bescheinigung nach § 54 Abs. 1 S. 2 GmbHG

Ich bescheinige hiermit für die vorstehende neu gefasste Satzung, dass diese neu gefasste Satzung mit dem von mir beurkundeten Gesellschafterbeschluss vom 18.07.2024 zu meiner UVZ-Nr. 367/2024 übereinstimmt und die nicht geänderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten vollständigen Wortlaut des Satzungsteils des Gesellschaftsvertrages übereinstimmen. Es handelt sich um eine vollständige Satzungsneufassung.

Reiskirchen, den 18. Juli 2024


Andrea Jopke, Notarin

